

gewandt, ob und unter welchen Bedingungen der Staat bereit sei, sein Abbaurecht an die Stadtgemeinde Dahlen, an den Bezirksverband oder an einen Privatunternehmer zu geben.

Laubitz. Man berichtet uns: Am 2. Februar hatte sich eine unparteiische Anhörung im hiesigen Rathhause infamensgelesen zu dem Vortrage des Herrn Harrer über die brennende Frage der Beschäftigung oder Nichtbeschäftigung des konfessionellen Religionsunterrichts in den Schulen. Im Gegensatz zu hier und an anderen Orten stattgefundenen Stellungnahmen gegen diesen Unterricht brachte der Vortragende die Gründe, die die Beschäftigung fordern, in sehr klarer und überzeugender Weise zum Ausdruck, daß allen Zuhörern, denen das Wohl der preiswürdigen Erziehung unserer Jugend aufrichtig am Herzen liegt, befreit aufatmeten und für die erfindenden Worte ungeteilten Dank empfanden. Eine lebhaft ausgesprochene über das früher und jetzt Gehörte schloß sich dem Vortrage an. Es ist bedauerlich, daß von generischer Seite, abgesehen von einem geringen Teile der Lehrerschaft, keine Beteiligung vorhanden war. Dies erweckt den Anschein, als ob Aufklärung in dieser Frage hierorts wenig geschieden würde. Nachmalig kam der Wunsch zum Ausdruck, der Herr Vortragende möge seine Worte auch an anderen Stellen seiner Gemeinde wiederholen.

Stbau. Der hiesigen Gendarmerei gelang es am Sonnabend nachmittags, auf dem hiesigen Bahnhof einen Gauner festzunehmen, der einem älteren Manne auf gemeinsamen Wege von Herrnhut nach hier irgend ein altholländisches Gemälde von noch nicht festgestellter Provenienz gestohlen hatte, so daß dieser beim „Rück“ betäubungslos zusammenbrach. In diesem Augenblicke stahl ihm der Weggenosse die Brieftasche mit 42 Mark und machte sich aus dem Staube. Er hatte bereits eine Fahrkarte nach Dresden gelöst, als ihn die Polizei noch kurz vor der Abfahrt verhaften konnte.

Witzkau. Generalmajor Märker, der Oberkommandeur des Wehrkreises 4, wollte mit zwei Offizieren seines Stabes in unserer Stadt, um sich in Besprechungen mit Vertretern der städtischen und kantonalen Behörden sowie der Bergwerke von dem Stande der zur Sicherheit der Bevölkerung und der gemeinnützigen Anlagen getroffenen Maßnahmen zu unterrichten.

Blauen i. U. Dienstag vormittags machte eine etwa 30 Jahre alte Frauensperson ihrem Leben durch einen Sprung von der Friedrich-August-Brücke ein gewaltsames Ende. Mit verschüttetem Schutzel, Arm- und Beinbrüchen blieb die Frauensperson auf der Dohrenaustraße liegen; der Tod muß sofort eingetreten sein. Die Leichenhalle wurde als eine junge Kaufmannsweibchen aus der Moritzstraße erkannt. In der Hand hielt sie zwei Schlüssel. Bei dem Sturze war die Frau zunächst an den sadigen Eisenkäben hängen geblieben, so daß sie kurze Zeit zwischen Himmel und Erde schwebte, bis die Kleidungsstücke zerrißen. Allem Anschein nach war die Vermisste unzurechnungsfähig. (Seit dem Anbringen der gewöhnlichen Sicherheitsvorrichtungen am Brückengeländer im September 1918 ist kein Selbstmord mehr vorgekommen; bis zum Juli desselben Jahres waren nicht weniger als 25 getötet worden.)

Leipzig. Das Spiel mit Streikböllern hat hier ein junges Mädchenleben gefordert. Während der Abwesenheit der Eltern hatte die 14jährige Tochter eines Hilfsfeuermanns mit Streikböllern gespielt und sich dabei ihre Kleider in Brand gesetzt. Ein durch das anglophilie laute Schreien des Kindes aufmerksam gewordener Nachbar verschaffte sich sofort Eingang in der Wohnung und löschte die brennende Kleidung. Das Kind wurde mit schweren Brandwunden in das Krankenhaus St. Georgs gebracht, wo es bald darauf an den Folgen der Verbrennung leider gestorben ist. — Eine am Sonntag im Buchhändlerhause statt beschickte Versammlung der Katholiken Leipzigs nahm einstimmig gegen die Verordnung des sächsischen Kultusministers Dr. Seyfert über die Vereinnahmung der katholischen Schulen mit den übrigen Leipziger Schulgemeinden Stellung und drohte mit dem Schulstreik.

Zugesgeschichte.

Deutsches Reich.

Die Verkehrsstörungen durch Polen. Aus Berlin wird gemeldet: In den letzten Tagen kommen Nachrichten über die Spernung des Post-, Fernsprech- und Eisenbahnverkehrs in den von den Polen bereits besetzten Abzweigungsgebieten. Der Verkehr nach Ostpreußen über Stettin und Danzig bleibt bis auf weiteres aufrecht erhalten. Das Aufnahmige Amt hat gegen die Verkehrsstörungen sofort in Warschau Verwahrung eingelegt und die Wiederherstellung der Verbindungen verlangt. Das Nahrungsmittelkommen und der Friedensvertrag verpflichten Polen zur Gewährung völliger Durchgangsfreiheit zwischen Ostpreußen und dem übrigen Deutschland. Es scheint sich nur um vorübergehende, von dem Einmarsch untergeordneter polnischer Organe abhängige Schwierigkeiten zu handeln, deren Beseitigung deutscherseits jedenfalls mit allen Mitteln betrieben wird.

Der Völkerverbund. Nach dem „Echo de Paris“ sollen Dänemark, Holland und Ostpreußen die Absicht haben, ihre dauernde Neutralität zu erklären und das Ansehen stellen wollen, mit diesem Statut in den Völkerverbund aufgenommen zu werden.

Radikale Propaganda eines Volksaufstandes. Die baprische Regierung hat den Volksaufstandigen Johann Süber, der der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei angehört und wegen radikal-sozialistischer Propaganda vom Volksaufstandigen aus dem Dienste entlassen worden war, wieder in sein Amt eingesetzt und sich mit einer Verwarnung bedroht. Die München-Augsburger Abendzeitung verurteilt dieses Vorgehen der Regierung als tatsächliche Untergrabung der Staatsautorität auf das Schärfe.

Erzberger wieder im Dienst. Reichsfinanzminister Erzberger erschien gestern zum ersten Male wieder im Steueraussschuß der Nationalversammlung und hielt ohne das mindeste Zeichen einer Ermüdung eine ausführliche Rede zum Landeshaushalt.

Zeitungsverbot. Durch Verordnung des Militärbefehlshabers als Inhabers der vollständigen Gewalt für den Bereich der Reichswehrbezirke 10 ist die hier erscheinende unabhängige Bremer Arbeiterzeitung wegen Aufforderung zu einem Demonstrationstreffen auf die Dauer von 5 Tagen verboten worden.

Streik in Rieker Zeitungsgewerbe. Im Rieker Zeitungsgewerbe und Buchdruckgewerbe ist es wegen erneuter Lohnforderungen der Arbeitnehmer zum Streik gekommen. Die Rieker Zeitungen werden bis auf weiteres nicht erscheinen.

Wiedereröffnung zweier Eisenbahnwerkstätten. Aus Berlin wird gemeldet: Am Mittwoch sind die beiden vor kurzem geschlossenen Eisenbahnwerkstätten I und II wieder eröffnet worden. Beide Werkstätten haben starken Schwung durch die Eisenbahnpolizei erhalten. In der Eisenbahnwerkstätte II sind von den 4000 Arbeitern, die dort beschäftigt waren, 2800 Mann zur Arbeit angetreten. Die restlichen 1200 Mann wurden nicht wieder eingestellt. — Wegen der Einführung des Akkordsystems finden Verhandlungen im Eisenbahnministerium statt.

Ungarn.

Der Kandidat für den Thron von Ungarn soll nach dem „Welt Anzeiger“ der Marquis von Cambridge, der ehemalige Herzog von Kent, der Schwager Königs Georgs von England, in Aussicht genommen sein.

Republik Österreich.

Verkauf österreichischer Waren in London. „Daily Chronicle“ meldet, daß die in London eingetroffenen österreichischen Industriellen für 40 Millionen Pfund Sterling Waren mitgebracht haben, die sie dort verkaufen wollen, um für den Fall Nothfälle einzukaufen, die sie des tiefen Kronenwerts wegen sonst nicht erwerben könnten.

Internationaler Kongress der Fabrikarbeiter. Der Wiener Arbeiterkongress zur Eröffnung des ersten internationalen Kongresses der Fabrikarbeiter, Telegraphen- und Telephonfabrikanten Europas, an dem die Delegierten von Belgien, Deutschland, Frankreich, Holland, Italien, der Schweiz und der Tschechoslowakei teilnehmen werden.

Tschechoslowakei.

Schließung deutscher Schulen. Wie die „Arbeiterzeitung“ aus Brünn meldet, kam es dort in der Sitzung des städtischen Verwaltungsausschusses zu großen Wirren. Es handelte sich dabei um die Schließung von deutschen Schulen, wobei die tschechische Mehrheit die deutsche Minderheit majorisierte. Die deutschen Mitglieder der Verwaltungskommission beschloßen eine Kundgebung an die deutsche Bevölkerung und die Abendung eines Protesttelegrammes an den Präsidenten und den Ministerpräsidenten.

Italien.

Trochender Textilarbeiterkongress in Italien. In der Besprechung eines am Donnerstag ausgebrochenen großen Textilarbeiterstreiks in Bergamo, sagt der „Corriere della Sera“, daß dieser nur der Vorläufer einer weit größeren Bewegung sei, die das Land zurzeit bedroht. Am 4. Februar laufe der Vertrag zwischen den Industriellen und den Arbeitern in der Textilindustrie der lombardischen Provinzen ab. Es ist darum wahrscheinlich, daß die 350 000 Textilarbeiter den Anlaß zu einer Volksbewegung benutzen werden.

Norwegen.

Skandinavische Ministerkonferenz. Aufschluß der skandinavischen Ministerkonferenz bringen die Blätter der „Internationale Arbeiterzeitung“ zur Kenntnis der deutschen und schwedischen Ministerpräsidenten und Minister des Auswärtigen. So schreibt „Internationale Arbeiterzeitung“ u. a.: Die Konferenz bedeutete keine Vermengungspolitik. Die nordischen Reiche hätten noch heute, wie im Weltkrieg, gewichtige gemeinschaftliche Interessen. „Verdensorden“ sagt: Es handele sich um einen natürlichen Beginn internationaler Verständigung. Das Zusammenhalten der kleinen Staaten sei notwendig und ein geeignetes Mittel, um eine Revision des Völkerbundes herbeizuführen, der vorläufig nur zu sehr die Interessen der Großmächte berücksichtige. „Tidenstema“ behauptet es ebenfalls, daß sich die nordischen Länder über Fragen berieten, die mit dem Völkerbunde in Verbindung stünden. Eine Verpflichtung zu gemeinschaftlichem Auftreten dürfe ihnen aber nicht auferlegt werden, wo divergierende Interessen vorlägen. Der neue Bund dürfe nicht bloß ein Großmächtebündnis werden.

England.

Die Sozialisierung der englischen Bergwerke. „Daily Chronicle“ meldet, daß wichtige Verhandlungen in der Arbeiterpartei stattfinden werden, ehe das Parlament am 10. Februar wieder zusammentritt. Gemäß dem Beschluß, der die endgültige Annahme des Antrages auf Sozialisierung der Bergwerke fordert, wird eine Abordnung des Gewerkschaftskongresses, begleitet vom Volkswirtschaftsminister der Bergarbeiterdelegation eine Unterredung mit Lord George haben. Wenn diese Zusammenkunft stattfindet, wird die Regierung im Besitze eines Gutachten eines unparteiischen Vizepräsidenten sein, der die Wünsche der Eisenbahnergewerkschaften durchgesehen und Untersuchungen über die angeht, ob außerordentlich hohen Gewinne der Besen angeht. Weiter werden bei dieser Konferenz die Erhöhung der Lebenshaltung, die russische Frage, sowie Arbeiterangelegenheiten besprochen werden.

Beratungen über die internationalen Beziehungen. „New York Cour.“ meldet drastisch aus London, daß die Besprechungen zwischen dem Schatzkanzler und den Vertretern der Finanz, des Handels und der politischen Parteien über die internationalen Beziehungen begonnen haben. Die Beratungen tragen privaten Charakter. — Den „Times“ zufolge herrscht in der City die allgemeine Auffassung, daß das Ergebnis dieser Beratungen die Einberufung einer internationalen Konferenz zur Prüfung dieser Frage sein wird.

Amerika und der Völkerverbund. In einem offenen Brief, den Lord Grey in den „Times“ erscheinen ließ und den er, wie er betont, nicht in seiner Eigenschaft als Vorkämpfer Englands in den Vereinigten Staaten, sondern als Privatmann schreibt, heißt es: Wenn die Vereinigten Staaten sich fernhalten, so hätte der Völkerverbund möglicherweise die übliche Gewalt, aber nicht in gleichem Maße die moralische Kraft, da er ja eine europäische Einrichtung geworden wäre und eine Weisheit fehlen würde, die ihn zu einem Weltorganismus macht. Er würde sich außerdem nicht von den gegenwärtigen Überwältigern der europäischen Völker festhalten können. Wenn aber die Vereinigten Staaten dem Völkerverbund beitreten, würde diese Überwältigung unmöglich sein, und der Weltfriede nicht gestört werden können. Ohne den Völkerverbund wird der alte Zustand wieder aufliegen, die gleichen Folgen werden wieder entstehen und ein neuer Krieg wird ausbrechen, in dem die Vereinigten Staaten aus denselben Gründen wie 1917 hineingezogen würden. Ihre Intervention wird verhängnisvoll sein, aber ihre Teilnahme in jeder Hinsicht fatalistischer. Es ist ein schwerer Versuch, zu glauben, die Vereinigten Staaten hätten die Pflicht, sich zurückzuziehen, oder wünschten, ihren Einfluß auf die Angelegenheiten der Welt auszuüben. — Dieser Brief Greys hat nun in Amerika wenig Gegenliebe gefunden. Die „Frankfurter Zeitung“ meldet aus New York: Die demokratischen Kommentare zu Greys Brief zeigen verlegene Wut. Die „New York Times“ sagen, England allein sei unmaßgeblich, da Frankreich, Italien und Japan auch Vertragsmitglieder seien. Die „World“ bedauert den Brief, denn er trüge die amerikanischen Tories. — Die Washingtoner Berichte erklären, Lobge werde jetzt die Nationalität mit seinen Vorbehalten fischer betreiben als bisher.

Rußland.

Oessa von den Bolschewiken bedroht. Das Deutsche Bureau veröffentlicht ein Telegramm aus Oessa vom 2. d. M., demzufolge die bolschewistischen Truppen nach Einnahme von Nikolajew und Ojafalo vorgehen. Die Anführer, Oessa zu halten, werden als zweifelhaft angesehen. **Wladimiroff von den Bolschewiken genommen.** Das Kriegsamt in Washington hat die Mitteilung erhalten, daß die revolutionäre Wladimiroff genommen haben. — Dem „Telegraph“ meldet die „Times“ aus Wladimiroff, daß die diplomatischen und konsularischen Vertreter nach dem Schutze des Lebens und Eigentums der Angehörigen dieser Staaten getroffen haben. Die „Times“ erklärt aus gutunterrichteter japanischer Quelle, daß sich im japanischen Parlament eine heftige Opposition gegen das Bekleben der japanischen Regierung richte, die Truppen in Sibirien zu lassen, wenn sich die Tschechen nicht aus Sibirien zurückziehen.

Rußlands Wunsch nach Frieden. Sitnowski erklärte dem russischen Reiterkorrespondenten auf die Frage, ob es richtig sei, daß parte russische Streitkräfte an der polnischen und rumänischen Grenze zusammengezogen worden seien, daß Rußland natürlich militärische Maßnahmen getroffen habe, doch sein Wunsch sei, Frieden zu schließen und keine Schritte zu demobilisieren, um zur friedlichen Arbeit zurückzukehren.

lehren. Sitnowski sagte hinzu, er könne sich nicht vorstellen, daß General Brusilow in die Dienste der Sowjetregierung getreten sei.

Amerika.

Die Finanzpolitik gegenüber Europa. Nach einer Radiomeldung aus Washington soll der neue Schatzsekretär Douhan erklärt haben, er habe in bezug auf die Finanzpolitik Amerikas gegenüber Europa auf dem gleichen Standpunkte wie sein Vorgänger. Er scheint entschlossen zu sein, keine neue Anleihe an die europäischen Staaten zu geben und keine Ausnahme derlei, die von der Hungernot bedroht seien. Man glaubt, daß Präsident Wilson diese Politik aufrechterhalten werde.

Die Zukunft des deutschen Schiffbaues.

Die zukünftige Stellung der deutschen Schiffbau-Industrie zum Weltmarkt behandelt Marinebaurat Oos in der ersten Nummer der im Verlage von Julius Springer in Berlin neu erscheinenden Zeitschrift „Welt und Meer“, die von Dr.-Ing. C. Voerker als Organ für die schiffbauenden Kräfte im Schiffbau und Schiffahrt herausgegeben und mit dem Ausdruck harten Vertrauens zu der deutschen technischen Leistung trotz aller gegenwärtigen Not eingeleitet wird. Das Bild, das hier von der Zukunft des deutschen Schiffbaus entrollt wird, zeigt den ganzen Ernst unserer Lage, läßt aber doch auch die Möglichkeiten des Neuanfangs erkennen. Eine Gegenüberstellung der Weltamperflotte über 100 Bruttoregistertonnen von 1914 und 1919 veranschaulicht das Auskommen von Amerika und Japan als neuer, mächtiger Nebenbuhler Englands auf dem Gebiete des Schiffbaus, die ebenso wie England selbst und den Weg des Wiedererstarkens nach Kräfte zu verlegen trafen werden. Von den 45 000 000 Bruttoregistertonnen im Jahre 1914 waren 21 000 000 oder 46,6 Prozent englisch, 5 134 720 oder 11,3 Prozent deutsch, 2 030 000 oder 4,5 Prozent amerikanisch und 1 708 000 oder 3,7 Prozent japanisch. Dagegen waren 1919 von den 47 897 000 Bruttoregistertonnen der Weltamperflotte 10 945 000 oder 22,8 Prozent englisch, 9 778 000 oder 20,4 Prozent amerikanisch, 2 335 000 oder 4,9 Prozent japanisch und 1 620 000 oder 3,4 Prozent deutsch. Daß die Amerikaner über die Kriegsanlagen hinaus für den kommenden Friedenswettbewerb rüsten, zeigt die Art der Weltamperflotten durch die Schiffbauunternehmungen besonders im Mai und Juni 1919. Die Gesamtsumme, die während des Krieges neu in Schiffbauunternehmungen hineingekerkelt wurde, beträgt etwa 600 Millionen Dollar, während die Gesamtanlagen der deutschen Reedereien und Werften im Jahre 1918 nur etwa 78,5 Millionen Mark, nach Friedenskurs etwa 130 Millionen Dollar ausmachten. Wegen der reinen Tonnageberechnung der amerikanischen Schiffbauherstellung erscheint es so vollständig ausgeschlossen, mit deutschen Werften je wieder wesentlich in den Weltmarkt einzugreifen. Bei ungehöriger friedlicher Entwicklung des Weltverkehrs würde nun heute mit einer Weltamperflotte von 59,9 Millionen Tonnen zu rechnen sein, die wirklich vorhanden bleibt demnach noch um etwa 11 Mill. hinter dem Bedarf zurück. In der Tat herrscht noch ein harter Mangel an Schiffraum im Weltverkehr, der es auch dem deutschen Schiffbau ermöglichen würde, über die von der Entente verlangten 200 000 Tonnen jährlich hinaus sehr beliebige Tonnage an den Markt zu bringen. Weiter gestatten jedoch die gegenwärtigen Produktionsverhältnisse in Deutschland nicht, diese günstige Konjunktur auszunutzen. Bei gleichmäßiger Entwicklung im Schiffbau würden die feststehenden 11 Millionen Tonnen in etwa 4—5 Jahren ersetzt sein; sodann der Sättigungspunkt des Weltverkehrs erreicht wäre und eine Schiffbaukrise eintreten müßte, wenn nicht eine Reihe der Kriegsschiffe früher als unter normalen Umständen durch Neubauten zu ersetzen wäre. Die künftigen Weltverleger im Schiffbau sind Amerika und England. Deutschland, das vor dem Kriege fast nur für den eigenen Bedarf gebaut hat, wird nach der Beendigung aller Unterhaltungsarbeiten unserer Heeresflotte keinen so großen eigenen Bedarf an Tonnage mehr haben; während nun die meisten europäischen Staaten von England, Ostasien von Japan und Amerika im Schiffbau abhängig sein werden, bleibt für Deutschland die Aussicht, für die südamerikanischen Staaten, die sich eine eigene Flotte schaffen wollen, Schiffe zu bauen. Deutschland könnte also doch wohl auf die dauernde Ausnutzung seiner vollen Schiffbauleistung rechnen, aber die wirtschaftlichen Verhältnisse, besonders die Veränderung in den Grundlagen unserer Stahlherzeugung nach dem Verlust der sibirischen Eisen- und Stahlwerke wirken schwer auf die Lieferungsabfähigkeit ein. Nur der fortwährende Kriegsschiffbau, die Auswanderung des Eisens aus dem Hausbau und der Eisenbahnbau, der technisch erst in den Anfängen der Entwicklung steht, können erfolgreich wirken. Günstiger als in wirtschaftlicher Beziehung liegen die Verhältnisse nach der technischen Seite. Der Krieg wehrte bei dem Gegner noch viel und gebrannt; lediglich die Technik der Reibherstellung in höher unbekanntem Ausmaß hat der Krieg gefördert, aber heute ist der Ruf nach dem „Einheitschiff“ verkrummt. Die Zukunft des deutschen Schiffbaus kann nicht in der Nachahmung der Methoden amerikanischen Massenbaus bestehen, sondern in der Herbeiführung von Fahrzeugen, die vermöge ihrer besonders guten technischen Durchbildung hohe Wirtschaftlichkeit besitzen und allen besonderen Bedingungen der Ladung, der anlaufenden Oasen und ihrer Wasser- und Rahrverhältnisse gerecht werden. Die Nachseher für solche Schiffe werden sich in demselben Maße mehr, wie die Sättigung des Weltmarktes mit Schiffraum zum Absetzen der Frachten zwingt und damit der Grad der Wirtschaftlichkeit des einzelnen Schiffes im Betrieb an Bedeutung gewinnt.

Schafwolle

nehmen zum Kauf
und
zur Verarbeitung
als Strickgarn
an
Modewarenhaus

Sehr

Piedel

Ecke Goethe- und Schützenstraße.